

Haushalt und Finanzen 2010



Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU, Klaus-Viktor Kleebaum, anlässlich der Verabschiedung des Kreishaushaltes 2010

(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

auch wenn uns aktuelle Umfragen bei den örtlichen Unternehmen ein „Aufhellen der wirtschaftlichen Entwicklung“ prognostizieren, sollten wir Realisten bleiben. Zweieinhalb Monate vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen stecken Bund, Länder und Kommunen in der schwierigsten Wirtschafts- und Finanzsituation ihres Bestehens. Der Landrat und die Bürgermeister unserer Gemeinden beklagen vor diesem Hintergrund äußerst brisante Lagen der Kommunalhaushalte auch in unserem Kreis. Vor allem fehlende Einkommen- und Gewerbesteuern haben die Rahmendaten für fast alle Kommunen dramatisch verschlechtern lassen – bei gleichzeitiger deutlicher Steigerung der Aufwendungen im Sozial- und Jugendhilfebereich.

Am besten beschreibt der Sprecher der Bürgermeister in der Ihnen bekannten Mitteilung die Entwicklung mit folgenden Worten:

„Die Städte und Gemeinden sind aufgrund nicht mehr vorhandener Spielräume gezwungen, Liquiditätskredite aufzunehmen und verschlechtern damit ihre eigene Finanzsituation auf Dauer erheblich. Einige Kommunen werden nicht nur die Ausgleichsrücklage in den nächsten zwei bis drei Jahren ‚aufzehren‘, sondern sogar die allgemeine Rücklage mit erheblichen Beträgen vermindern müssen. Einige Gemeinden werden voraussichtlich schon in diesem Jahr ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen.“

Aus diesem Grund erwarten wir, so die Bürgermeister, gerade nach den bisherigen sehr konstruktiven Gesprächen nicht nur Verständnis, sondern auch Unterstützung seitens des Kreises Coesfeld.

Meine Damen und Herren, wie in den vergangenen Jahren wird der Kreistag zumindest mit der Mehrheit der CDU-Fraktion die Erwartungen der Städte und Gemeinden nicht enttäuschen.

Natürlich trifft den Kreis der Einbruch der Steuereinnahmen und der Gemeindefinanzierungsmittel in gleicher Weise wie die Städte und Gemeinden. Trotz weiterhin vergleichbar guter stabiler Rahmendaten u. a. zur Arbeitslosigkeit, zur Selbstständigenquote und zum Schul- und Ausbildungsstand sowie eines erweiterten Kinderbetreuungsangebotes treffen den Kreis die finanziellen Einbrüche in gleicher Form mit dem Unterschied, dass er – mit Ausnahme der auslaufenden Jagdsteuer – über keine eigenen Steuereinnahmen verfügt und damit – als Umlageverband – nur begrenzt handlungsfähig ist.

Trotzdem wird sich der Kreistag aus Solidarität und Verlässlichkeit mit der Verabschiedung des Haushaltes 2010 auf Augenhöhe mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden wiederfinden. Meine Damen und Herren, wir sind dazu bereit, unsere – wenn auch schmale – Ausgleichsrücklage zur Entlastung der Städte und Gemeinden einzubringen und durch weitergehende Maßnahmen die Kreisumlage zu senken.

Der Landrat hatte bereits bei der Einbringung des Haushaltes Anregungen der Bürgermeisterkonferenz z. B. zur Reduzierung der Abschreibungsgrundsätze mitberücksichtigt. In unseren Beratungen – gemeinsam mit der Kreisspitze – sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass der eingebrachte Kreishaushalt für 2010 noch einmal insgesamt um 3,3 Millionen Euro reduziert werden soll. Dadurch wird eine Senkung des geplanten Umlagehebesatzes von 36,44 auf 34,94 Prozentpunkte möglich, was in den einzelnen Städten und Gemeinden zu entsprechenden Verbesserungen im Verhältnis zur Ausgangssituation führen wird.

Meine Damen und Herren, wir sind uns dabei bewusst, dass dieses Ziel nur dann erreicht werden kann, wenn neben den bereits in der Änderungsliste aufgeführten Maßnahmen (u. a. RVM-Verbesserungen, Maßnahmen der Tierkörperbeseitigung) die Beibehaltung des Hebesatzes der Landschaftsumlage tatsächlich auch umgesetzt wird.

Ungeachtet dieser Kostenreduzierungen verbleibt ein Betrag von ca. 1,6 Millionen Euro, der durch die Auflösung der Ausgleichsrücklage sowie weiterer Ausnutzung von Einsparmöglichkeiten im Haushalt realisiert werden muss.

Dabei ist uns sehr wohl bewusst, dass wir ein sehr hohes Risiko eingehen, absehbar in die Haushaltssicherung zu geraten. Lehnt man – wie etwa die Fraktion der Grünen – gänzliche finanzpolitische Ausgleichsmaßnahmen ab oder fordert man – wie die FDP – die unmittelbare verpflichtende Anwendung der Haushaltssicherung, so sind dies aus unserer Sicht zurzeit nicht die richtigen Schritte und vor allem auch nicht das richtige Signal an die Gemeinden. Zudem konterkarieren sie das Selbstverständnis des Kreises und seiner Organe. Mit unserem Mittelweg – dem übrigens alle anderen Münsterlandkreise folgen – üben wir einerseits Solidarität, andererseits behalten wir mit der Umsetzung der Maßnahmen die erforderliche Handlungsfähigkeit.

Gerade die Perspektive, ggf. ein Haushaltssicherungskonzept durch den Kreistag aufstellen zu müssen, ist unseres Erachtens zugleich Ziel und ausreichendes Druckmittel, jede erforderliche Ausgabe des Kreises auch verwaltungsintern noch einmal der besonderen Überprüfung zuzuführen. Unausgesprochene Forderungen sind dabei sicherlich die Gedanken zur freiwilligen Auferlegung einer zeitlich begrenzten Wiederbesetzungssperre, budgetbezogene generelle Sachleistungseinsparungen, Kostenentlastung durch Aufgabenübertragungen auf Dritte – kurzum: die freiwillige Anwendung der Richtlinien zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes, wo es möglich und sinnvoll ist.

Im Rahmen der Unwägbarkeit der Finanz- und Wirtschaftsentwicklung in den kommenden Monaten ist es allerdings aus unserer Sicht nicht ratsam, der Kreisverwaltung durch Aufsichtsmaßnahmen jegliche Motivation zur Umsetzung eigener Sparbemühungen in den unterschiedlichen Budgets zu nehmen. Zugleich schlagen wir vor, den Sparprozess durch eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zu begleiten.

Mit unserer Zielrichtung eines ausgesprochen risikobehafteten Haushaltes für 2010, die so gut wie keinen Spielraum für neue freiwillige Leistungen beinhaltet, tun wir alles, um den kreisangehörigen Städten und Gemeinden möglichst weit entgegenzukommen, ohne die Motivation in der Kreisverwaltung durch unnötige restriktive Maßnahmen zu beeinflussen.

Trotz – oder gerade wegen – der wirtschaftlichen Unwägbarkeiten, die hinsichtlich zurückgehender Finanzzuweisungen und zu erwartender steigender Sozialleistungen auf den Kreis zukommen (z. B. durch den massiven Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen, durch Steigerung der Unterkunftskosten oder der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung), erfolgt die Haushaltsverabschiedung auf einer zwar risikohaften, aber verlässlichen Grundlage. Mit dieser Politik der Vernunft und der zielgerichteten

Aufgabenerfüllung wird der Kreis auch mittelfristig handlungs- und gestaltungsfähig sein und berücksichtigt die Interessenlagen der kreisangehörigen Kommunen in angemessener Weise.

Wir üben damit Solidarität, ohne uns von Altbewährtem zu trennen und den Weg zur Unterstützung und Stärkung der heimischen Wirtschaft zu verlassen.

Zu Recht verweist der Landrat auf eine große Bandbreite von Projekten, die als innovative Strukturmaßnahmen den Kreis Coesfeld in seiner Gesamtheit bzw. in Teilsektoren voranbringen sollen. So rückt das Großprojekt der Regionale 2016 oder der Breitbandausbau zunehmend in den Fokus der Planung und Umsetzung. Andere Initiativen wie „Kleber Wohnen / Wirtschaften im Kreis Coesfeld“ oder eine Vielzahl energetischer Maßnahmen, wie die im Konjunkturprogramm II aufgeführten Projekte, geben maßgebliche Impulse an die heimische Wirtschaft und sichern das Wichtigste, was unsere Region auszeichnet: Arbeitsplätze und wirtschaftliche Entwicklung als Grundlage eines familienfreundlichen Standortes. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bedarf es auch äußerer Zeichen an die örtlichen Handwerksbetriebe und den wichtigen Bereich der beruflichen Bildung. Deshalb ist es richtig, durch personelle Unterstützung und Know-how das Fachhochschulangebot im Kreis Coesfeld durch die Städte Dülmen und Coesfeld zu unterstützen. Es ist wichtig und richtig, mit der Einrichtung einer Technologietransferstelle bei der WfC ein Zukunftszeichen zu setzen. Gleiches gilt – nicht zuletzt aus Solidarität zu den Nachbarkreisen – für die Beteiligung an der EXPO-Real, der Durchführung des Münsterlandtages sowie am Münsterland Giro.2010, zumal die Projekte aus dem laufenden Haushalt oder durch Erstattungen Dritter finanziert werden.

Dass nun auch die Bürgermeister nach der Akzeptanz des Berufsnavigators die Einführung des regionalen Bildungsnetzwerkes unterstützen, ist ein weiteres positives Zeichen, auch in schwierigen Zeiten die Erforderlichkeit des Bildungsfaktors in unserer Gesellschaft zu betonen. Auch hier sitzen Kreis und Gemeinden im gleichen Boot.

Dass wir im sozialen Bereich trotz des Erfordernisses der Sparsamkeit und des Verzichts auf neue Leistungen gut aufgestellt sind, wird nicht nur durch das Projekt „Ambulant vor stationär“ deutlich. Die Einrichtung einer zentralen Pflegeberatung, die auch im Zusammenhang mit der Errichtung von Pflegestützpunkten im Kreis zukünftig gesehen werden muss, zeigt den richtigen Weg auf.

Allerdings ist es nicht an der Zeit, zusätzliche finanzielle Aufgaben – wie das Notruftelefon – als Ausfallbürge zu übernehmen, zumal die Aufgabe durch bestehende Einrichtungen erledigt werden kann. Ungeachtet dessen arbeiten wir an einer gemeinsamen Lösung des Problems.

Meine Damen und Herren, wir haben uns gemeinsam dafür entschieden, die Unterstützung junger Familien mit dem bedarfsgerechten Ausbau der U3-Plätze – begleitet von einer Personalaufstockung im Jugendamt – vorrangig zu fördern. Uns war bewusst, dass wir die Zielorientierung des Kindergartenbedarfsplanes mit der vorgesehenen U3-Versorgung für mehr als jedes dritte Kind im Jahre 2013 möglichst nachfragegerecht umsetzen wollen. Die Versorgungsquote liegt mit 590 Kindern mittlerweile bei rund 18 Prozent. Unter Einbeziehung der Kindertagespflege erreichen wir sogar eine Betreuungsquote von 21,7 Prozent. In Kenntnis der zunehmenden Nachfrage nach betreuungsintensiveren Plätzen für Kinder unter drei Jahren ist im Einvernehmen mit den Städten und Gemeinden ein gutes flächendeckendes Angebot geschaffen worden, das selbstverständlich auch durch eine erhöhte Jugendamtsumlage finanziert werden muss.

Gleiches gilt beispielsweise auch für die Fälle, in denen Kinder – aus welchen Gründen auch immer – von ihren Eltern bzw. Familien nicht ausreichend versorgt werden, sodass das Kreisjugendamt mit kostenintensiver Folge verpflichtet ist, erzieherische Hilfen, ggf. auch im Wege der Heimunterbringung, vorzunehmen.

Diese – beispielhaft – aufgeführten Maßnahmen führen – für uns alle absehbar – zur zugegeben schmerzhaften Erhöhung der Jugendamtsumlage, die wir – mangels Alternativen – mittragen, zugleich aber durch die Absenkung der Kreisumlage kompensieren wollen.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir abschließend einige grundsätzliche Anmerkungen zum diesjährigen Beratungsverfahren:

In der Diskussion um das „Notruftelefon“ und die „Technologietransferstelle bei der WfC sind die unterschiedlichen Positionen der Fraktionen deutlich geworden. Trotz-dem sind alle zur Entscheidung anstehenden Angelegenheiten mit relativ breiter Mehrheit ausgefallen – auch wenn dies bei der Abstimmung über den Gesamthaushalt – schon wahltaktisch bedingt – nicht zu erwarten ist.

In die Zukunft gerichtet möchte ich Folgendes anmerken:

Ohne eine bundesrechtliche Finanzstrukturreform – und ich spreche hier nicht vom aktuell geforderten kommunalen Rettungsschirm –, die vornehmlich die Eingliederungshilfe und den Hartz-IV-Bereich sowie Teile der Jugendhilfe umfasst, wird auch der Kreis Coesfeld dem Soziallastendruck auf Dauer erliegen. Machen wir uns nichts vor, schon die jährlichen Umlagenerhöhungen durch den Landschaftsverband sind kaum mehr tragbar. Auch die Kosten der Sozial- und Jugendhilfe steigen kontinuierlich und können nur bei guter wirtschaftlicher Entwicklung aufgefangen werden. Deshalb wird der angekündigte Sparkurs auch in den nächsten Jahren fortgeführt.

Wenn die Kollegen Stinka und Vogelpohl – was im Rahmen ihres anstehenden Landtagswahlkampfes zu erwarten ist – gleich auf umfassende Versäumnisse der Landesregierung hinweisen, ist dies sicherlich eine sehr verkürzte Sichtweise, weil zu keiner Zeit mehr Mittel in das GFG sowie den Jugend- und Schulbereich geflossen sind wie in den vergangenen Jahren. Für Klarheit in der Finanzzuordnung wird zudem das Verfassungsgericht in Münster sorgen, das zurzeit die Konnexität im Rahmen der Übertragung der Versorgungs- und Umweltverwaltung auf die Kreise (mit einer Kostenfolge von immerhin 470.000 Euro für den Kreis Coesfeld) überprüft.

Meine Damen und Herren, landespolitisch besteht eher die Gefahr, dass die Umverteilung der Finanzströme vom ländlichen Raum in die Großstädte wieder zunimmt. Eine Gefahr, die all unsere Sparbemühungen zunichtemachen könnte und die diejenigen bestraft, die sich immer wirtschaftlich und sparsam verhalten haben. Nicht selten sind gerade diejenigen, die in der Opposition sind und Forderungen über Forderungen stellen, nicht gerade diejenigen, die auch den Mut zum „Nein-Sagen“ haben.

Wir glauben, dass wir mit diesem Haushalt eine klare Vorgabe für den Kurs in den nächsten Jahren setzen, der von Sparsamkeit, Berechenbarkeit und Verlässlichkeit geprägt ist.

Meine Damen und Herren, mein abschließender Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die uns sicherlich auch zukünftig – in gewohnt fachkundiger Weise – bei unseren Sparbemühungen begleiten und unterstützen werden.